

Passen Sparen und Investieren zusammen?

Dänischenhagens Politiker wollen kleine Einschnitte

Dänischenhagen. Kann man von Sparkurs sprechen, obwohl man hohe Investitionen plant? Bürgermeister Wolfgang Steffen (CDU) thematisierte das Mittwochabend im Finanzausschuss. Ihm schien die Lage der Gemeinde zu schwarz gemalt. „Es geht uns nicht schlechter als anderen Orten“, sagte er. Anlass war die Sorge des Vorsitzenden Thomas Waldeck (WIR), der im Vorweg ein Pressegespräch zur Haushaltskonsolidierung geführt hatte, Bürger könnten „den Ernst der Lage“ verkennen, wenn sie sich beim Besuch von Sitzungen nur auf persönliche Anliegen konzentrierten.

Dänischenhagen plant mit der Grundüberholung der Sporthalle eine bis zu 1,5 Millionen Euro teure Investition. Einig sind sich CDU, SPD, WIR, dass die Erhaltung der Liegenschaften, die allen Bürgern dienen, eine notwendige Zukunftsinvestition ist. Gleichwohl hatten sich Gemeindevertretung und Ausschüsse in den vergangenen Monaten bemüht, an anderer Stelle besonders sparsam zu wirtschaften und zu prüfen, wo Kosten dauerhaft minimiert werden können. Dazu hatte auch das Amt gemahnt.

So folgte der Finanzaus-

schuss einmütig der Empfehlung an die Gemeindevertretung, die Hundesteuer deutlich zu erhöhen (72 Euro für den ersten Hund, 96 für den zweiten, 120 für jeden weiteren), erweiterte die Neuregelung jetzt aber um die Steuerbefreiung für Behindertenbegleithunde analog zu Blindenhunden.

Für Therapiebegleithunde soll es Ermäßigung geben. Die Prüfung der gemeindlichen Versicherungen unter Kostenaspekt wurde auf den Amtsausschuss verlagert. Man hofft sich, dass Versicherungen für alle vier Amtsgemeinden günstiger sind, falls sie neu geschlossen werden. Für Jugendpferdfahrten soll ab 2015 diese Regelung greifen: MTV und Kirche erhalten je 1000 Euro, die Feuerwehr 200 Euro. Die Staffelung bemisst sich nach der Mitgliederzahl. Damit können die Familien gefördert werden, die wenig Geld zur Verfügung haben. Für 2014 bleibt es rückwirkend bei der alten Regelung, die fast doppelt so viel Zuschuss erlaubt. An Altersjubiläen und Trauerfällen soll die Gemeinde auch künftig Anteil nehmen. Aber die Aufmerksamkeiten sollen kleiner und „sinnvoll“ ausfallen.

com